



Beantwortung

der überparteilichen Motion 20220162, Schiess Christophe, Fraktion Grüne, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, Cuixeres Manon, JUSO, Halter Marisa, PdA, Sprenger Titus, PAS, Molina Franziska, EVP, Schaffter Gaël, GLP, «In 10 Jahren einen Drittel des für Parkplätze genutzten öffentlichen Raums freigeben»

Die überparteiliche Motion ruft in Erinnerung, dass der Gemeinderat in seiner Beantwortung der Motion 20210174 die Notwendigkeit bekräftigte, den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu verringern – und nicht nur zu plafonieren –, damit die Ziele der Klimastrategie erreicht werden können. Die Motion weist ebenfalls darauf hin, dass die Begrenzung der Menge an Parkplätzen auf öffentlichen Strassen in der Gesamtmobilitätsstrategie 2018–2040 der Stadt Biel als wichtiger Ansatz erkannt wird, um den öffentlichen Raum stärker zugunsten anderer Verkehrsträger und Nutzungen freizugeben. Sie erinnert schliesslich daran, dass der Gemeinderat in seinem Legislaturprogramm 2021–2024 auf der Grundlage der genannten Gesamtmobilitätsstrategie die Erarbeitung eines Sachplans «Parkierung» vorsieht (Massnahme 10.4). In Anbetracht der Tatsache, dass die Verfügbarkeit eines Parkplatzes für die Wahl des Transportmittels entscheidend ist, führt eine Reduktion der Anzahl Parkplätze aus Sicht der Motionärinnen und Motionäre zu einer Verringerung des MIV und begünstigt gleichzeitig die Verlagerung zum ÖV und Langsamverkehr hin. Deshalb schlagen sie vor, ein klares, beziffertes und zeitlich gestaffeltes Ziel zur Verringerung der Anzahl Parkplätze in einem Gemeindereglement zu verankern.

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Stadtrat einen Reglementsentwurf oder eine Reglementsänderung zu unterbreiten, in der eine Reduktion der Anzahl Parkplätze um durchschnittlich mindestens 4 % pro Jahr über eine Zeitspanne von 10 Jahren hinweg festgelegt wird, damit schliesslich ein Drittel des für Parkplätze genutzten öffentlichen Raums anderen Nutzungen durch die Allgemeinheit zugutekommt. Der Gemeinderat wird zudem gebeten, jährlich über die Fortschritte in Richtung dieses Ziels zu berichten, beispielsweise im Geschäftsbericht der Stadtverwaltung. Die Motion stützt ihre Argumentation und Zielsetzungen mit dem Beispiel von Paris, wo die Hälfte der Parkplätze im öffentlichen Raum bis 2026 aufgehoben werden sollen.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre, dass eine Plafonierung des MIV auf dem Stadtgebiet nicht ausreichen wird, um die in der Klimastrategie 2050 gesetzten Reduktionsziele in Bezug auf die Treibhausgasemissionen zu erreichen. Eine Verringerung des MIV ist notwendig. Der Gemeinderat ist sich dieser Problematik bewusst und trifft bereits Massnahmen im Sinne der Motion. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass das Aufheben von Parkplätzen kein Ziel an sich ist, sondern ein wirksames Mittel, um die Qualität des öffentlichen Raums zu verbessern oder nachhaltige Verkehrsformen zu fördern. So werden im Rahmen von Neugestaltungsprojekten im Tief- und Städtebau regelmässig Parkplätze zugunsten von Baumpflanzungen, Velo-/Motorradabstellplätze oder zur Verbesserung der Sichtverhältnisse aufgehoben. Beispielhaft können die Neugestaltungsprojekte am Scheibenweg (-21 Parkplätze, d.h. -29 %), im Zukunftsquartier (-13 Parkplätze, d.h. -9 %) oder im Bubenberquartier (-62 Parkplätze, d.h. -20 %) genannt werden.

Der Vollständigkeit halber weist der Gemeinderat darauf hin, dass die Aufhebung von Oberflächenparkplätzen zu wiederkehrenden Ertragseinbussen führt, denen allerdings in einem gewissen Masse Mehreinnahmen in den Parkhäusern gegenüberstehen. Diese Mehreinnahmen sind zurzeit für die Stadt aber nicht verfügbar, da die Parking Biel AG zuerst ihre Bankdarlehen abzahlen und anschliessend ihre Darlehensschulden gegenüber der Spezialfinanzierung Parkierungsanlagen tilgen muss.

Die Festlegung einer verbindlichen Zielvorgabe zur Reduktion des Parkplatzangebots in einem Gemeindereglement ist aufgrund der fehlenden Basisdaten zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich. Diese Daten werden jedoch derzeit im Rahmen der Ausarbeitung der Sachplanung im Bereich Parkierung (Massnahme 10.4 des Legislaturprogramms 2021–2024) erarbeitet. Diese umfasst ausserdem die Einführung eines Parkplatzkatasters, in dem der Standort und der effektive Zustand der Parkplätze auf dem Bieler Stadtgebiet kartografisch dargestellt und genau beziffert werden kann.

Bis diese Instrumente vorliegen, will der Gemeinderat prüfen, unter welchen Voraussetzungen er das Ziel der Motion, ein Drittel des für Parkplätze genutzten öffentlichen Raums zu reduzieren, erreichen kann. Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Stadtrat, die überparteiliche Motion 20220162 erheblich zu erklären.

Biel, 19. Oktober 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr

Julien Steiner

Beilage:

· Überparteiliche Motion 20220162